

3 *Zunehmende Nachtflüge:*
Was wird aus dem Flughafen?

4 *Aus dem Plenum:*
Krebsforschung, Initiative gegen
Kindesmissbrauch und Digitalisierung

8 *Insektenschutzgesetz:*
3 Fragen an Barbara Otte-Kinast

**ENQUETEKOMMISSION „SICHERSTELLUNG DER
MEDIZINISCHEN VERSORGUNG“ LEGT BERICHT VOR**

**GESUND LEBEN IN
NIEDERSACHSEN – JETZT
UND IN ZUKUNFT**

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

am 01. März jährt sich der Tag, an dem in Niedersachsen der erste Corona-Fall auftrat. Damit standen auch die niedersächsischen Verantwortungsträger vor völlig neuen Herausforderungen. Sehr schnell galt es, weitreichende Entscheidungen zum Schutz unserer Bevölkerung zu treffen. Viele Maßnahmen bedeuten bis heute tiefe Einschnitte in das Leben der Menschen. Wir alle erleben die Eingriffe in unsere Freiheit unterschiedlich. Nach einem Jahr Corona ist die Pandemie noch nicht überwunden. Jeden Tag beschäftigen wir uns mit den notwendigen Einschränkungen. Wir alle wünschen uns Lockerungen, aber wir müssen uns deutlich machen, warum die starken Eingriffe erforderlich sind. Wir müssen verhindern, dass die Krankheit sich ausbreitet, damit unser Gesundheitssystem die Erkrankten versorgen kann. Damit Ärztinnen und Ärzte nicht irgendwann entscheiden müssen, wem sie helfen können und für wen keine Hilfe mehr angeboten werden kann. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, das Leben der Menschen zu schützen.

Jens Nacke
Parlamentarischer Geschäftsführer

PANDEMIE-SONDERAUSSCHUSS

„WISSENSCHAFT WIRD BEI PANDEMIEN EINE SCHLÜSSELROLLE EINNEHMEN“



Im Oktober des vergangenen Jahres hat der Landtag einen Sonderausschuss zur Aufarbeitung der bisher gewonnen Erkenntnisse aus der Corona-Pandemie und zur Vorbereitung auf künftige pandemische Krisen eingesetzt. Wissenschaftsminister Björn Thümler betonte nun im Ausschuss die überragende Bedeutung der Forschung für eine erfolgreiche Bekämpfung von Pandemien. Diese werde es in Zukunft wohl häufiger geben.

„Die Corona-Pandemie wird nicht die letzte Pandemie sein, die wir als Menschheit bewältigen müssen. Das hat uns die Wissenschaft sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben“, sagt auch der Obmann der CDU-Fraktion im Sonderausschuss, Jens Nacke. Die Globalisierung habe die Ausbreitung der Erreger deutlich vereinfacht. „Dem müssen wir mit Wissenschaft und Forschung noch stärker entgegenreten. Wissenschaft hat sich bewährt und wird auch in der Zukunft bei Pandemien eine Schlüsselrolle einnehmen“, so Nacke.

Für den Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion ist klar, dass es zur Bewältigung solcher Ereignisse in Zukunft ein resilientes und reaktions-schnelles Wissenschaftssystem mit starker Forschung brauche: „Wir müssen zukünftig in der Lage sein, sehr schnell viel Personal

und eine funktionale, stabile und digitale Infrastruktur bereitzustellen, um auf neue Herausforderungen wie die Corona-Pandemie reagieren zu können.“

Die Landespolitik sei gefragt, hierfür einen stabilen Rahmen zu schaffen, so Nacke. „Gutes Personal muss nicht nur nach Niedersachsen geholt werden, es muss auch gehalten werden. Dabei werden unseren Wissenschaftsminister weiter unterstützen. Gleichzeitig muss die Politik dafür Sorge tragen, dass exzellente Forschungseinrichtungen wie das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig die guten Voraussetzungen zum Forschen behalten.“ Nur so könnten die in internationalen Netzwerken fest verankerten Forscher weiterhin zum Wohle aller ihre Arbeit machen.

WACHSENDE KRITIK AN NACHTFLÜGEN UND STAATSHILFEN

Was wird aus dem Flughafen?

Vor der Corona-Pandemie gehörte der Hannover Airport zu den wenigen profitablen Flughäfen in Deutschland. Steigendes Passagieraufkommen, mehr Fracht und kein Nachflugverbot: Mit 19.000 mittelbar von ihm abhängigen Arbeitsplätzen ist der Flughafen ein relevanter Standortfaktor der Landeshauptstadt. Und nun? Die Pandemie hat große Löcher in den Büchern hinterlassen, der Airport braucht Hilfe in Millionenhöhe. Fluglärmgegner wittern Morgenluft: Darf der Staat einen Flughafen retten, der immer mehr Menschen den Schlaf raubt?

60 Millionen Euro braucht der Airport, der zu jeweils 35 Prozent Land und Landeshauptstadt gehört, in den kommenden vier Jahren – vorausgesetzt, das Geschäft läuft nach der Krise wieder wie gewohnt an. Doch nicht nur temporäre Reisebeschränkungen und pandemiebedingte Unsicherheiten auf dem Tourismusmarkt setzen dem Flughafen zu. Strauchelnde Airlines und klimapolitische Kritik am Flugverkehr sind schon lange kein unbedeutendes Hintergrundrauschen mehr. Die Branche steht vor einem Transformationsprozess mit ungewissem Ausgang.

Entwicklung zulasten der Bevölkerung?

Bisher konnte sich der Flughafen Hannover dabei zumindest auf sein Alleinstellungsmerkmal verlassen – die Nachtflugerlaubnis. Diese diene einst dem Zweck, den Norden Deutschlands und dessen Bevölkerung jederzeit versorgen zu können. Doch machen heute fast ausnahmslos „Ferienflieger“ von der Möglichkeit Gebrauch, auch nachts nach Palma oder Antalya abzuheben und somit ihre Standzeit zu verringern – während tagsüber kaum Passagierflüge stattfinden. Durch darüber hinaus geänderte Flug- und Warteschleifenrouten sind vom nächtlichen Lärm die Einwohner von mittlerweile zehn Regionalkommunen betroffen.

Über Alternativen offen sprechen

Für CDU-Fraktionschef Dirk Toepffer ist das eine Entwicklung, die es offen zu diskutieren gilt. „Der Airport Hannover ist unser einziger Großflughafen und wesentlicher Bestandteil des infrastrukturellen Angebots in unserem Land“, so Toepffer. Gleichwohl müssten die berechtigten Interessen und die Rechte der Bevölkerung bei der Weiterentwicklung des Geschäftsmodells berücksichtigt werden. „Wenn sich Gewinne zunehmend nur noch über Nachtflüge und



damit zulasten der Bevölkerung erzielen lassen, müssen wir uns fragen, ob ein Flughafen in weitgehend staatlicher Hand überhaupt direkte Gewinne erwirtschaften muss. Niemand erwartet das von Straßen oder Bahnhöfen, die ebenfalls zum Wohlstand des Landes beitragen.“

Gemeinsame Faktenbasis schaffen

Beide Seiten – Flughafen und Anteilseigner auf der einen, Bürgerinitiativen auf der anderen Seite – liegen seit geraumer Zeit über Kreuz. Sich teilweise widersprechende Gutachten bekräftigen den Eindruck, dass sich die Gesprächspartner nicht einmal mehr über eine gemeinsame Faktenbasis verständigen können. „Solange mit unterschiedlichen Zahlen gearbeitet wird, werden wir zu keinen nennenswerten Fortschritten kommen“, sagt Toepffer. Die CDU-Landtagsfraktion könne sich vorstellen, ein neues und von beiden Seiten akzeptiertes Gutachten in Auftrag geben zu lassen, um auf dieser Basis einen Bürgerdialog zur Weiterentwicklung des Flughafens zu starten. „Ich bin fest davon überzeugt, dass es für den Flughafen eine Zukunft auch ohne überbordende Nachflüge gibt“, so der Fraktionsvorsitzende.



AUS DEM PLENUM

Krebsforschung, Initiative gegen Kindesmissbrauch und Digitalisierung

Neben der inzwischen üblichen Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zur Corona-Pandemie gab es in diesem Plenarabschnitt zahlreiche Anträge und Beratungen zu ganz unterschiedlichen Themen, die teilweise zu sehr emotionalen Debatten im Parlament führten. Die Themen reichten von der Krebsforschung über den Schutz unserer Kinder bis hin zur Digitalisierung und zu dem Wolf.

Förderung des CCC-N als onkologisches Spitzenzentrum in Niedersachsen

Das Comprehensive Cancer Center Niedersachsen (CCC-N) wird von der Deutschen Krebshilfe als Onkologisches Spitzenzentrum gefördert. Das ist nicht nur eine gute Nachricht für die beteiligten Hochschulen MHH und UMG, sondern für alle Niedersachsen. Das CCC Niedersachsen wurde im November 2019 von der MHH und der UMG gegründet und bündelt unter dem Leitmotiv „Präzision und Sorgfalt in Krebsforschung und -behandlung“ die interdisziplinäre Krebsforschung und Expertise in der Patientenversorgung in Niedersachsen. Das CCC-N setzt dabei besonders

auf Translation. Es wird an der MHH und der UMG intensiv geforscht und die gewonnenen Erkenntnisse kommen aufgrund der Strukturen des CCC-N direkt den Patienten zu Gute. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jörg Hillmer erklärte dazu im Landtag: „Diese Auszeichnung ist die Anerkennung wissenschaftlicher und medizinischer Spitzenleistung bei uns in Niedersachsen“.



Brauchen gesamtgesellschaftlichen Pakt gegen Kindesmissbrauch

Deutlich emotionaler wurde es in der Debatte um den Antrag von CDU und SPD zur Stärkung des Kinderschutzes. Dabei ist die Verbesserung des Kinderschutzes nicht erst seit Bekanntwerden zahlreicher Fälle gravierender sexueller Gewalt gegen Kinder ein Thema im Landtag. Aber: „Die bisherigen Anstrengungen waren offenbar nicht ansatzweise ausreichend. Was wir brauchen, ist ein gesamtgesellschaftlicher Pakt gegen Kindesmissbrauch. Und ich bin sicher, dass der vorliegende Antrag ein wichtiger Meilenstein ist, um weiteren Kindesmissbrauchsfällen mit aller Kraft entgegenzutreten“, sagt Petra Joumaah, stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Neben einer Stärkung der Beratung wolle man auch den Jugendämtern helfen, die mit Problemen bei der Aufklärung dieser Fälle zu kämpfen haben und vermehrt mit Behörden anderer Bundesländer zusammenarbeiten müssen. „Es muss eine verpflichtende länderübergreifende Zusammenarbeit mit der Vereinheitlichung von Prozessen und Abläufen zwischen den Jugendämtern angestrebt werden“, so Joumaah.



Niedersachsen macht Dampf bei der Digitalisierung

Anlässlich einer Großen Anfrage zur Umsetzung des mit einer Milliarde Euro ausfinanzierten „Masterplans Digitalisierung“ hat die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Mareike Wulf die Fortschritte unter Wirtschaftsminister Bernd Althusmann gelobt. „Der Masterplan setzt ehrgeizige Ziele, und das ist auch richtig so. Digitalisierung ist kein nettes Extra oder Spielerei, sie ist eine strategische Notwendigkeit.“ Dass sich das Land nach dem Regierungswechsel 2017 erstmals konkrete und überprüfbare Ziele gesetzt und diese zum überwiegenden Teil bereits erfüllt habe, sei das Verdienst von Bernd Althusmann: „Der Minister hat geliefert. Die Erfolge sind deutlich sichtbar“, so Wulf. Die CDU-Wirtschaftspolitikerin betonte, dass die Corona-Pandemie den eingeschlagenen Weg in allen Bereichen der Gesellschaft weiter beschleunigen werde. Als Beispiel nannte sie die Digitalisierung an Schulen, aber auch den Einzelhandel, dessen Transformationsprozess das Wirtschaftsministerium in der Krise mit 20 Millionen Euro fördert. Mit dem „Digitalbonus“ für das Handwerk und den niedersächsischen Mittelstand stehen darüber hinaus 25 Millionen Euro für die Förderung von Investitionen im Bereich der Digitalisierung von Dienstleistungs- und Betriebsprozessen sowie für die Einführung von IT-Sicherheitssystemen zur Verfügung.

Wolfsmanagement einführen und Untergrenze für Wölfe festschreiben

Kaum ein Thema erhitzt die Gemüter im Halbrund des Plenarsaals so wie der Wolf. Nachdem kürzlich erst ein Wolf entnommen wurde und damit ein Stück mehr Sicherheit für unsere Weidetierhalter erreicht werden konnte, sorgte der Antrag zum Wolfsmanagement erwartungsgemäß für starke Emotionen im Landtag. „Wir müssen einen Perspektivwechsel wagen und aufzeigen, dass ein vernünftiges Miteinander von Menschen und Wolf ein vernünftiges Management bedingt, um am Ende das zu erreichen, was erreicht werden soll: nämlich eine Koexistenz von Wölfen und Menschen in der Kulturlandschaft Niedersachsens“, erklärte der Abgeordnete Frank Schmädeke in der abschließenden Beratung des Antrags. „Für ein vernünftiges Miteinander von Mensch und Wolf“. Für ein solches Management müsse auf Grundlage der

„Wenn wir kein Wolfsmanagement einführen, handeln wir als Staat nicht verantwortungsvoll.“

vom Bundesumweltministerium eingeforderten Feststellung des „günstigen Erhaltungszustandes“ eine Untergrenze für Wölfe nach französischem Vorbild festgeschrieben werden. „Wenn wir nicht handeln und kein Wolfsmanagement einführen, dann handeln wir als Staat nicht verantwortungsvoll“, so der Abgeordnete. Letztendlich gehe es um mehr Normalität beim Umgang mit dem Wolf. Wenn man in Niedersachsen in Koexistenz mit dem Wolf leben wolle, dann gehöre dazu auch, dass der Wolfsbestand über eine gezielte Bejagung aktiv reguliert werde.





ENQUETEKOMMISSION „SICHERSTELLUNG DER MEDIZINISCHEN VERSORGUNG“ LEGT BERICHT VOR

Gesund leben in Niedersachsen – jetzt und in Zukunft

Im Dezember 2018 setzte der Landtag mit großer Mehrheit eine Enquetekommission mit dem Auftrag ein, „konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe und bedarfsgerechte medizinische Versorgung der niedersächsischen Bevölkerung auch in Zukunft gesichert werden kann.“ Nach zweijähriger Arbeit hat die Kommission nun ihren Abschlussbericht vorgelegt. Auf über 300 Seiten beschreibt sie den Status Quo der Gesundheitsversorgung, identifiziert Handlungsfelder und legt dem Landtag konkrete Lösungsvorschläge vor.

„Diese Enquetekommission war in ihrer Art einmalig in Deutschland und hat durch die Beteiligung aller Akteure im Gesundheitssystem Ergebnisse geliefert, die sich sehen lassen können“, sagt der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Volker Meyer. So seien Leistungserbringer wie

Kostenträger, aber auch Interessenvertreter der medizinischen Berufsgruppen und kommunale Spitzenverbände eng eingebunden worden. „Die Koalition hat bewiesen, dass sie die großen landespolitischen Aufgaben angeht und die hochwertige medizinische Versorgung in Niedersachsen erhalten und verbessern will.“ Erfahren Sie hier die wesentlichen Ergebnisse.

Ambulante medizinische Versorgung

Die ambulante medizinische Versorgung in Niedersachsen findet auf einem flächendeckend sehr hohen Niveau statt. 97% der Bevölkerung erreichen den nächsten Hausarzt binnen zehn Minuten. Allerdings können vor allem in ländlichen Gebieten die freien Arztstellen nicht immer neu besetzt werden. Dem gegenüber steht ein Überangebot in Ballungsgebieten, das zur Sperrung des Planungsbezirks führen kann.



- **Verbesserungen für Hausärzte:** Der Bedarf an Hausärzten ist am größten. Wegen ihrer besonderen Rolle als Lotsen im Gesundheitssystem empfiehlt die Kommission, die Hausärzte zu entlasten und das Berufsbild für die Zukunft attraktiver zu machen. Zudem können die meisten Krankheitsbilder auch von den Hausärzten direkt gelöst werden können. So werden fachärztliche Kapazitäten entlastet und das Gesundheitssystem effizienter gestaltet. „Die Hausärztinnen und Hausärzte sind das Herzstück der ambulanten Versorgung“, sagt der Sozialpolitiker Burkhard Jasper. „Sie genießen das Vertrauen ihrer Patienten und können garantieren, dass ihnen die bestmögliche Versorgung durch einen Spezialisten zukommt.“
- **Unterstützung bei der Praxisgründung:** Junge Ärzte bevorzugen Beschäftigungen im Angestelltenverhältnis und in Teilzeit, um Beruf und Familie optimal zu vereinbaren. Auch birgt eine Niederlassung wirtschaftliche Risiken und ist mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Deshalb sollen angehende Ärzte künftig bei der Neugründung oder Übernahme von Arztpraxen finanziell und durch Beratung unterstützt werden, insbesondere wenn sie in unterversorgten Regionen tätig sein wollen. Auch sollen Organisationsformen wie das „Jobsharing“ ermöglicht werden, um die Nachfrage nach Teilzeitstellen zu bedienen.
- **Mehr Studienplätze:** Die Pensionierung der Baby-Boomer-Generation wird den Mangel an Hausärzten weiter verknappen. Um auch in Zukunft solide aufgestellt zu sein, empfiehlt die Kommission, mindestens 200 neue Medizinstudienplätze zu schaffen und die Studienrichtung „Allgemeinmedizin“ zu stärken.

Stationäre medizinische Versorgung

Fachärztliche Versorgung konzentrieren, flächendeckende Grundversorgung gewährleisten: Das ist das wesentliche Ziel der stationären Versorgung. Die Qualität von Behandlungen in Krankenhäusern hängt dabei von mehreren Faktoren ab, unter anderem vom Personal, der apparativen Ausstattung oder der Erfüllung von Mindestmengen.

- **Schwerpunktversorgung:** Es ist somit eindeutig, dass die Bündelung von Ressourcen auf regionale Schwerpunktversorger mit einer Verbesserung der Versorgungsqualität einhergeht. Solche großen Häuser können den Facharztstand sichern, hochspezialisierte Ausstattung vorhalten und entwickeln Routinen bei häufiger Durchführung von Operationen.
- **Regionale Gesundheitszentren:** Um gerade in der Fläche die Erreichbarkeit von Angeboten der stationären Gesundheitsversorgung zu sichern, empfiehlt die Enquetekommission das Konzept der Regionalen Gesundheitszentren (RGZ).

Dieses stellt in unterversorgten Regionen eine Alternative zu Krankenhäusern mit verbesserungswürdigen Leistungsangeboten dar. Regionale Gesundheitszentren könnten einen entscheidenden Beitrag leisten, in unterversorgten Regionen eine medizinische Anlaufstelle zu bilden, sagt Volker Meyer. „In diesen RGZ werden verschiedene Komponenten der gesundheitlichen Versorgung zentralisiert und stehen den Bürgerinnen und Bürgern an einem Standort rund um die Uhr zur Verfügung.“

- **Versorgungsstufenkonzept als Grundlage zur Sicherstellung regionaler Bedarfe:**
 - Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung
 - Krankenhäuser der Schwerpunktversorgung (mehr Fachabteilungen)
 - Krankenhäuser der Maximalversorgung (Fokus: Vorhaltung hochspezialisierter Behandlungsangebote)
 - Fachkrankenhäuser (nehmen nicht an der Notfallversorgung teil)

Notfallversorgung

- **Zentraler Notruf:** In der Bevölkerung ist die Nummer des kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes wenig bekannt, und auch bei einer nicht bedrohlichen Verletzung wird die 112 gewählt. Die Enquetekommission hat daher das Ziel formuliert, den Notruf 112 als erste Anlaufstation für die gesamte Notfall- und Rettungsdienstversorgung auszubauen. Von dort aus soll dann entschieden werden, wie mit dem Notfall umgegangen wird.
- **Aufbau regionaler und integrierter Leitstellen:** Durch Zusammenlegung der Feuerwehr- und Rettungsdienstleitstellen auf regionaler Ebene sollen Größenvorteile genutzt werden und die Leitstellen auf den neuesten technischen Stand gebracht werden.
- **Aufbau integrierter Notfallzentren (INZ):** Hier sollen die Patienten eine Ersteinschätzung zu ihrem Versorgungsbedarf erhalten und zum entsprechenden Versorger weitergeleitet werden. Dabei gilt: „Ambulant vor Stationär“. Die INZ sollen an ausgewählten Krankenhäusern errichtet werden, um die dortigen Notaufnahmen zu entlasten, da viele Bürgerinnen und Bürger bei einer Erkrankung oftmals zuerst das Krankenhaus ansteuern.

Den vollständigen Abschlussbericht gibt es in Kürze hier zum Download: <https://bit.ly/3skrstZ>

3 FRAGEN AN...

Barbara Otte-Kinast, Niedersächsische Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, zum Insektenschutzgesetz



Das Bundeskabinett in Berlin hat das Bundesnaturschutzgesetz mit wichtigen Änderungen für die Landwirtschaft beschlossen. Im Vorfeld haben Sie auch den Kontakt zu Kanzlerin Angela Merkel gesucht, um auf notwendige Änderungen des Gesetzentwurfes hinzuwirken. Worum ging es Ihnen dabei?

Wir haben in Niedersachsen mit dem „Niedersächsischen Weg“ bereits vorgelegt. Das Bundesnaturschutzgesetz drohte nun, diesen Erfolg durch neue Verbote auszuhebeln. In intensiven Gesprächen ist es gelungen, eine Länderöffnungsklausel zu erreichen. Die Rahmenbedingungen in den Bundesländern sind sehr unterschiedlich. Wir brauchen deshalb keine Einheitsvorschrift, sondern individuell angepasste Lösungen. Alles andere wäre für uns ein Rückschritt. In Niedersachsen ist auch klar, dass die Leistungen der Landwirtschaft für Arten- Natur- und Gewässerschutz honoriert werden. Das muss auch im Bund so sein. Bei der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung müssen Ausnahmen für Grünland und Ackerland in FFH-Gebieten kommen. Dafür setzen wir uns im Bundesrat ein.

Können Sie den Protest der Landwirte gegen das Insektenschutzgesetz und die Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung verstehen?

Ja, absolut! Es haben sich ja nicht nur Landwirte, sondern auch die Partner des Niedersächsischen Weges zu Wort gemeldet. Und dazu gehören eben auch Natur- und Umweltverbände. Mich stört immer diese pauschale Schuldzuweisung. Kein Landwirt ist gegen Insektenschutz. Ohne Bienen keine Bestäubung – der natürliche Kreislauf ist in Gefahr. Es ist unsere Aufgabe als Politiker, hier einzuschreiten. Die Ursachen für das Insektensterben sind vielfältig – zu viele LED-Lampen, zu viele Steinvorgärten dazu Neubaugebiete, die alles verdichten. Es fehlt einfach an Lebensraum. Auch die Landwirtschaft ist Teil des Problems. Das will ich hier keinesfalls verhehlen. Aber muss Bundesumweltministerin Svenja Schulze deshalb gleich die Keule rausholen? Warum setzt man nicht auch in Berlin auf Kooperation statt Konfrontation? Wir in Niedersachsen zeigen, dass es mit Anreizen statt mit Verboten geht.

Wie geht es nun weiter, um den „Niedersächsischen Weg“ gegenüber den Begehrlichkeiten aus der Hauptstadt zu stärken?

Wir sind nun in Berlin erstmal im parlamentarischen Verfahren. Durch unser Intervention wurden Spielräume geschaffen, die es jetzt zu nutzen gilt. Der im „Niedersächsischen Weg“ bereits verankerte Erschwernisausgleich für Gewässerstrandstreifen muss auch in Berlin kommen. Die Landwirtschaft muss für ihre Naturschutzleistungen bezahlt werden. Ich wünsche mir, dass die Debatte auf Augenhöhe und fair abläuft. Nur so kann man auf Dauer Politik für Menschen gestalten.

IMPRESSUM

Herausgeber:

CDU-Fraktion
im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover
www.cdu-fraktion-niedersachsen.de

Verantwortlich:

Jens Nacke MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Redaktion:

Sabine Busse
Ralph Makolla
Doreen Helms
Marco Zacharias
Telefon (05 11) 3030-4119
bl@cdu-fraktion-niedersachsen.de
Die Fraktion auf Facebook:
www.facebook.com/CDU.LtFraktion.Nds
Die Fraktion auf Instagram:
www.instagram.com/cdu.fraktion.nds

TERMINE

16. – 18. März: Plenarsitzung

Bildnachweis:

Titelbild: Bill Oxford, Unsplash
Wissenschaftler: HZI/Talay
Barbara Otte-Kinast: ML
Behandlung: Ligamenta Wirbelsäulenzentrum,
pixelio.de